
Vorstoss-Nr: 067-2011
Vorstossart: **Motion**

Eingereicht am: 11.03.2011

Eingereicht von: Leuenberger (Trubschachen, BDP) (Sprecher/ -in)
Wüthrich (Huttwil, SP)
Antener (Langnau i.E., SP)
Küng-Marmet (Saanen, SVP)
Grimm (Burgdorf, Grüne)
Widmer (Wanzwil, BDP)
Zäch (Burgdorf, SP)
Haldimann (Burgdorf, BDP)
Baumberger (Langenthal, FDP)
Kummer (Burgdorf, SVP)
Jenni (Oberburg, EVP)
Zumstein (Bützberg, FDP)
Guggisberg (Ittigen, SVP)
Meyer (Roggwil, SP)
Friedli (Sumiswald, EDU)
Pieren (Burgdorf, SVP)
Sommer (Wynigen, FDP)
Sutter (Grosshöchstetten, FDP)
Kronenberg (Biel/Bienne, glp)
Brönnimann (Mittelhäusern, glp)
Rufener (Langenthal, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit: Ja 31.03.2011

Datum Beantwortung:
RRB-Nr:
Direktion: BVE



Zur Vorlage eines Berichtes betreffend Reorganisation der Berner Fachhochschule mit dem Ziel des frühzeitigen Einbezugs des Grossen Rates

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. dem Grossen Rat einen Bericht betreffend Reorganisation der Berner Fachhochschule vorzulegen, der
 - a. die Details der öffentlich kommunizierten Standortevaluation transparent aufzeigt
 - b. die kurz-, mittel- und langfristige Finanzierung der Gebäudebetriebskosten (insbesondere der Mietkosten) der geplanten Massnahmen detailliert darlegt
 - c. die regionalwirtschaftlichen und -politischen Auswirkungen der Standortkonzentration in den Ballungszentren Bern und Biel sowie für die Regionen Emmental und Oberaargau einbezieht und die Übereinstimmung mit der kantonalen Wachstumsstrategie Version 2007, der kantonalen Regionalpolitik sowie den Richtlinien der Regierungspolitik nachweist

- d. die kurz-, mittel- und langfristige Finanzierung der Investitionen für die geplanten Massnahmen detailliert darlegt
 - e. die zukünftige Verwendung bzw. Umnutzung von nicht mehr benötigten Liegenschaften und Einrichtungen sowie die dafür nötigen Investitionen aufzeigt
 - f. die bereits überlasteten Verkehrsträger in der Region Bern sowie mögliche Folgeinvestitionen in die Analyse einbezieht
 - g. eine dezentrale Konzentration der Fachhochschule an den heutigen drei Standorten in der gleichen Planungstiefe aufzeigt und dem gefassten Standortentscheid mit Vor- und Nachteilen gegenüberstellt
 - h. die angestrebte Zentralisierung der BFH ausreichend und unter Berücksichtigung der tatsächlichen Konkurrenz in anderen Kantonen sowie bestehender Partnerschaften (insbesondere Hauptstadregion) begründet, unter Berücksichtigung der vor allem in Bern verbleibenden starken Dezentralität
2. bis zur Diskussion des Berichts im Grossen Rat keine Massnahmen zu treffen oder Verbindlichkeiten einzugehen, welche die Reorganisation finanziell oder anderweitig präjudizieren

Begründung:

Der Standortentscheid für die zukünftige Berner Fachhochschule liegt grundsätzlich in der Kompetenz des Regierungsrates. Der Entscheid löst jedoch hohe Investitionskosten aus, die der Grosse Rat bewilligen muss. Für den Standortentscheid des Regierungsrates standen die betrieblichen und immobilien-spezifischen sowie die bildungspolitischen Kriterien im Vordergrund. Im Grossen Rat werden jedoch nach dem Prinzip der Nachhaltigen Entwicklung zusätzlich regionalwirtschaftliche, verteilungspolitische, verkehrspolitische oder gesellschaftspolitische Kriterien mitentscheidend sein. Die vorliegende Motion bezweckt ausschliesslich, dem Grossen Rat die Möglichkeit zu verschaffen, seine Auffassung zur beabsichtigten Konzentration der BFH darzulegen, bevor konkrete Kreditgeschäfte mit sehr hohen Projektierungskosten zuhanden des Grossen Rates vorbereitet werden.

Mit einer öffentlichen Pressekonferenz am 2. Februar 2011 eröffnete der Regierungsrat den Medien seinen Entscheid zur Konzentration der BFH in Bern und Biel und zur Aufgabe des heutigen Standorts in Burgdorf. Eine halbe Stunde vorher informierte er die betroffenen Standortgemeinden mit einer per Fax zugestellten Medienmitteilung und kurzem Begleitbrief. Diese Informationspolitik und die öffentlich kommunizierten Begründungen tragen wenig zum Verständnis des Entscheids bei. Auf dieser dünnen Grundlage wäre es fahrlässig, teure Projektierungskredite auszulösen. Deshalb soll der Regierungsrat in einem umfassenden Bericht die wichtigsten der noch ungeklärten Fragen beantworten. Sie betreffen insbesondere die Regional- und Wirtschaftspolitik bzw. Wachstumsstrategie, für die der Regierungsrat seine Politik wie folgt definierte: *„Die Regionalpolitik ist Teil der Wirtschaftspolitik. Sie will die Wettbewerbsfähigkeit im Berggebiet und im ländlichen Raum stärken, innovative Projekte unterstützen und die Regionen an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben lassen“ (Regionalpolitik). „Den Kanton Bern als Wirtschaftsstandort entlang den Hauptverkehrsachsen (Bern-Burgdorf-Langenthal und Thun-Bern-Biel-Moutier) stärken“ (Wachstumsstrategie Version 2007).*

Aber auch die Finanzierung, die Desinvestitionen, die überlasteten Verkehrsträger in der Hauptstadt und die tatsächliche Konkurrenzsituation unter den schweizerischen Fachhochschulen sind für die Entscheidungen im Grossen Rat von hohem Interesse.

Damit die Vor- und Nachteile des getroffenen Standortentscheids mit allen seinen Konsequenzen beurteilt werden können, ist es unerlässlich, die Variante dezentrale Standortkonzentration in Bern, Biel und Burgdorf in der gleichen Planungstiefe auszuarbeiten und die beiden Varianten mit allen ihren Auswirkungen einander direkt gegenüberzustellen.

Es wird Dringlichkeit verlangt.